



E&C – Ein attraktives Angebot mit Zukunft

Im Mittelpunkt des Bundesmodellprogramms steht die Verbesserung der Lebenslagen von Kindern und Jugendlichen in sozialen Brennpunkten. Das Programm hat das Ziel, Ressourcen und Aktivitäten zu konzentrieren, um den Kindern und Jugendlichen weitere Chancen zu eröffnen und ihnen bessere Lebensbedingungen zu ermöglichen. Das Programm: "Entwicklung und Chancen junger Menschen in Sozialen Brennpunkten" (E&C) wurde vom BMFSFJ ergänzend zu den stadtentwicklungspolitischen Maßnahmen des Bauministeriums entwickelt.

Die Gebiete des Programms sind daher auch mit den Gebieten, die an dem Bund-Länder-Programm "Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Soziale Stadt" teilnehmen, identisch. 210 Gebiete in 157 Gemeinden wurden im Jahr 2000 als Gebiete der Sozialen Stadt/E & C ausgewiesen. Es ist abzusehen, dass sich die Gebietsanzahl im Jahr 2001 erheblich erhöhen wird.

Die beiden Bundesprogramme bieten die Möglichkeit Städtebauförderung und sozialraumorientierte Jugendhilfe zu verbinden. Das Programm E&C hat die Aufgabe den Focus im Rahmen der Stadtentwicklung auf den Bereich der Jugendhilfe zu legen. Es soll an einer nachhaltigen Verbesserung der Situation in benachteiligten Gebieten mitwirken und Kooperationen, Netzbildung anregen, Fachaustausch organisieren und Hilfestellungen vor Ort anbieten. Das Programm E&C erweitert seinen Ansatz auf Gebiete im ländlichen Raum, der Schwerpunkt liegt hierbei auf „Netzwerke und soziales Ehrenamt – Strukturschwache ländliche Regionen“.

Gerade bei jungen Menschen ist die Perspektive auf eine Ausbildung und auf eine angemessene Beschäftigung zentral. Ein wichtiger Ansatzpunkt, auch benachteiligten Jugendlichen eine Chance zu geben, ist hierbei die Diskussion um die Reform des SGB III und das BSHG. Arbeitsämter und Sozialämter haben bereits erste Modellprojekte realisiert und ein Bundesgesetz fördert diesen Ansatz. Die Jugendämter und die Jugendhilfe stehen bei dieser Entwicklung meist außen vor. Dabei war es die Jugendhilfe, die frühzeitig eine Vernetzung aller Beteiligten im Interesse der jungen Menschen gefordert hat.

Innovative Ansätze fordern nicht nur bei der Sicherung von Ausbildung und Beschäftigung Kooperation. Dies gilt für alle Bereiche der Sicherung eines weniger problembehafteten Auf-

wachsens junger Menschen. Es stellt sich daher die Frage, wie kann die Jugendhilfe vor Ort stärker in innovative Diskussionen einbezogen werden und wie bringt sie ihre Fachlichkeit in die Diskussion ein. Dabei geht es um Bereiche wie soziale und ethnische Integration, öffentlicher Raum und Sicherheit, Wohnen, Wohnumfeld, soziale Infrastruktur, Schule, Kinder, Familienförderung, Arbeitsmarktpolitik Wirtschaftsförderung, Gesundheitsförderung und um besondere soziale Lebenslagen.

Das Programm E&C hilft den Akteuren vor Ort in den Programmen auch die Jugendhilfe stärker zur Geltung zu bringen. Hier liegt die Chance und die Herausforderung für die Jugendhilfe. Lange haben wir sozialräumliche Ansätze gefordert, nun stehen wir vor der Herausforderung diese Ansätze gemeinsam mit den Kooperationspartnern in den Stadtteilen zu verwirklichen. Die Problemlagen in den Gebieten der Sozialen Stadt/ E&C sind dabei so unterschiedlich und vielfältig, dass es nicht gelingen wird, diese durch einen Akteur alleine zu lösen. Diese Einschätzung wird auch von den anderen Beteiligten so geteilt. Hier liegt der Schlüssel zu einer neuen, kooperativen Praxis in der Sozialen Arbeit, die eine große Attraktivität ausstrahlt.

Die Attraktivität unseres Ansatzes für die Jugendhilfe und die Kommunen wird auch dadurch deutlich, dass ein gewisser Run auf das Programm Soziale Stadt/E&C festzustellen ist. Immer mehr Kommunen wollen nicht außen vor stehen, sondern aktiv mitgestalten. Die Liste der abgewiesenen Gebiete Soziale Stadt, die sich bei der Regiestelle E & C mit dem Ziel gemeldet haben, auch noch ins Programm aufgenommen zu werden, wird größer. In der Integration dieser Gebiete liegt eine Chance. Je breiter das Spektrum von interessierten Akteuren und Fachleuten wird, die durch die Bundesprogramme angesprochen werden, desto größer wird der Rückenwind für eine Politik der Vernetzung, die die Jugendhilfe gleichberechtigt einbezieht.

Kooperation als Leitmotiv

Der erste wesentliche Ansatzpunkt für eine sozialräumliche Orientierung in der sozialen Arbeit sind die Steuerungsinstrumente und der Ressourceneinsatz in den Städten und Gemeinden. Jedes einzelne Gebiet der Sozialen Stadt/E & C unterscheidet sich in seiner Bebauung, Infrastruktur, Einwohnerstruktur, Sozialstruktur usw. Die Problemlagen sind vielfältig und unterscheiden sich von Gebiet zu Gebiet.

So unterschiedlich die Problemlagen in den Städten sind, so unterschiedlich müssen die Konzepte zu ihrer Lösung sein. Jede Stadt und jede Gemeinde muss daher individuell klären,

wie die Steuerungsinstrumente vor Ort aussehen müssen, um die unterschiedlichen Politikbereiche wie z.B. Stadtplanung, Soziales, Arbeitsförderung, Jugendhilfe aufeinander beziehen zu können.

Nicht die Jugendhilfe bestimmt dabei allein die inhaltlichen Strategien, es wird vielmehr darum gehen, sich bewusst als Arbeitsgemeinschaft zu definieren und zu sagen, was die einzelnen Institutionen in diesen Prozess aktiv einbringen und wie sie ihn gestalten können. Einzelne Politikbereiche können die Problemlagen in den Gebieten der Sozialen Stadt/E & C nicht alleine lösen, diese Einsicht wird auch von den Städtebauern geteilt.

In die zukünftigen Diskussionen um Vernetzung und Ressourceneinsatz muss die Jugendhilfe nicht ängstlich oder defensiv gehen. Es wird interessant werden, wenn gegenüber den Kämmerern angefragt wird, was an Transfermitteln wie Wohngeld, Jugendhilfe, Sozialhilfe, Arbeitsmarktförderung in die Gebiete der Sozialen Stadt/ E & C fließt und welche Ergebnisse damit erzielt werden. Millionen werden in solche Gebiete investiert, nur um einen gewissen Status quo zu finanzieren. Mit einer Strategie der Vernetzung könnten diese Mittel genutzt werden, um eine wirkliche Verbesserung für die Bewohner zu erreichen und ihnen neue Perspektiven zu eröffnen.

An diesem Punkt ist auch die Politik aufgewacht. Sie hat verstanden, dass mehr Perspektive für die Menschen in diesen Stadtteilen nicht nur eine Frage von mehr Geld ist, sondern auch von Vernetzung und besserer Koordination. Sie will, dass die Institutionen vor Ort zusammenarbeiten und die Angebote aufeinander abstimmen. Gemeinsame Strategien müssen dabei jedoch vor Ort von den beteiligten Akteuren gemeinsam entwickelt werden, um ein aufeinander bezogenes Angebot realisieren zu können.

Ein weiterer Punkt, den die Städtebauer genau wie die Kinder- und Jugendhilfe sehen, ist die Notwendigkeit einer aktiven Bürgerbeteiligung vor Ort. Beglückungskonzepte von wem auch immer, funktionieren nur kurzfristig oder überhaupt nicht. Sie haben keine nachhaltigen Auswirkungen. Nur wenn die Betroffenen selbst Teil der Lösung werden, haben wir eine Chance diese Stadtteile grundlegend zu erneuern. Das heißt, wir müssen die Kompetenz der Jugendhilfe in Fragen von Beteiligung und Partizipation, von Selbstbestimmung und Selbstgestaltung, bei der Eroberung des öffentlichen und privaten Raums aktiv in die Diskussion einbringen.

Das aktive Einbringen beginnt damit, für sich zu reflektieren, was die eigene Institution in diesem gesamtstädtischen Prozess der Verbesse-

rung eines sozialen Brennpunktes zu bieten hat. Wenn sich jeder die Mühe macht, mit den Betroffenen und mit den beteiligten Ämtern gemeinsam die Probleme im Gebiet zu analysieren und strategische Entwicklungsziele zu erarbeiten, wird man feststellen, dass alle Beteiligten unterschiedliche Problemlagen und Entwicklungsziele aufzeigen. Der Prozess des Aushandelns der Ziele auf dieser Grundlage ist die erste wichtige Voraussetzung, um Kooperation vor Ort zu ermöglichen.

Der dritte Punkt, der den Gedanken der Kooperation mit Leben füllt, behandelt die kommunalpolitischen Voraussetzung der Zusammenarbeit. Wenn es in einer Kommune, keinen politischen Konsens gibt, bei Armutsproblembereichen zu kooperieren, wird jeder Versuch der Akteure vor Ort zum Scheitern verurteilt sein. Nur wenn nicht zuerst Fragen der Zuständigkeit gestellt werden, sondern die Frage nach der Lösung eines Problems im Vordergrund steht, besteht die Chance, neue Steuerungsinstrumente auch innerhalb der Verwaltung zuzulassen und Ressourcen im Interesse der Menschen zu bündeln.

Ohne diese Voraussetzung, wird unser Ansatz der „Sozialen Arbeit als Koproduktion“ ein Kampf gegen Windmühlen. Dies zeigt, dass die Diskussion um neue Steuerungsmodelle politisch geführt werden muss. Das heißt, die Frage nach den Methoden, der Strategien, den Leitzielen der Kinder- und Jugendhilfe und der sozialen Arbeit ist unumgänglich. Für uns als Jugendhilfe steht dabei das Wohl der Kinder und Jugendlichen immer im Mittelpunkt unserer Arbeit. In ihrem Interesse sind wir zur Kooperation mit allen anderen Akteuren im Stadtteil verpflichtet.

Probleme lösen - lokale Verbände schaffen - Aktionspläne entwickeln

Gerade Fachleute im Sozialwesen neigen dazu, geballte Problemlagen als dramatisch, ungerecht und schwer lösbar zu empfinden. Eine Mitleidsstrategie und ein Suchen nach Schuldigen, wird die Problemlagen der Menschen aber nicht verbessern. Es ist zu kurz gedacht, die Ursachen der Probleme auf andere abzuschieben und ihnen die Lösung zu überlassen. Ein überprüfen der eigenen Arbeit, ob die eigenen Arbeitskonzepte zur Lösung der Problemlagen der Menschen im Stadtteil beitragen, ist notwendig.

Die ämterinternen Strategien zur Lösung von kommunalen Problemlagen verlaufen oftmals nach dem Prinzip, Lösung auf einzelne Fachressorts abzuschieben. Wenn z.B. eine ämterübergreifende Arbeitsgruppe zusammengerufen wird, dann besteht das erste Ziel darin, keine Mittel an ein anderes Ressort abzugeben.

So lange dieses Denken vorherrscht, wird sich an der gegenseitigen Abgrenzungsstrategie nichts ändern. Diese Strategie der Abgrenzung verdeutlicht, dass man die anderen nicht verändern kann, sondern nur sich selbst. Dies hat zur Folge auf die anderen zuzugehen, damit diese Haltung der Kooperation aus der Jugendhilfe auf die anderen Fachämter, wie z.B. Wohnungsamt, Stadtplanungsamt, Sozialamt oder Arbeitsamt übertragen wird.

Es geht nicht um Statusdenken, sondern um Kooperation und die Entwicklung neuer Steuerungsinstrumente im Sinne von schnellen Problemlösungen. Die wichtigsten Adressaten in dieser Diskussion sind die Kommunen. Der präzise Adressat für alle Kinder und Jugendlichen betreffenden Problemlagen ist die Kommune als Träger nach dem SGB VIII (KJHG), als Träger der Jugendhilfe und somit das Jugendamt das aus zwei Teilen besteht, der Verwaltung und dem Jugendhilfeausschuss.

Die Kommune kann einen wesentlichen Teil zur Umsetzung des Programms beitragen indem sie viele Träger und Institutionen anregt sich an der Umsetzung der Programmidee E & C zu beteiligen, ihre Strukturen hinsichtlich der sozialräumlichen Ausrichtung zu überprüfen und gegebenenfalls neu auszurichten und bestehende Strukturen durch neue Ideen auszubauen. Diskussionen vor Ort sollen initiiert, Probleme vor Ort von Institutionen, Politik und Verwaltung besichtigt werden. In lokalen Verbänden sollen die Problemlagen im Quartier gemeinsam gelöst, Erfahrungen ausgetauscht und Lösungen zusammen entwickelt werden. Der Erfolg der eigenen Arbeit wird an dieser Stelle von anderen Institutionen abgefragt werden. Es wird darum gehen von Seiten der Jugendhilfe selbstbewusst Vorstellungen von Erfolg zu definieren, fachliche Standards festzulegen und eine Diskussion über Qualitätssicherung der Sozialen Arbeit einzubringen. An dieser Stelle werden aber auch die ersten Probleme beginnen. Eine sozialräumliche Ausrichtung der Sozialen Arbeit setzt eine Selbstreflexion der Träger voraus. Dies kann aber auch zur Folge haben, Angebote in der Zielorientierung bedarfsgerechter zu konzipieren, was eine Umstrukturierung der Arbeit bedeuten kann. Konzeptionelle Veränderungen der Träger benötigen flexiblere Verwaltungsverfahren um die Neuausrichtung der Arbeit umsetzen zu können. Ein Umdenken und Verändern der Arbeit ist mit Anstrengungen verbunden, kann aber im Ergebnis erfolgreich sein.

Das E&C Programm möchte Verfahrens- und Förderrichtlinien anregen, die die Möglichkeit eröffnen, dass Städte und Gemeinden integrierte Handlungskonzepte entwickeln. Ämter und trägerübergreifend, sollen lokale Aktions-

pläne erarbeitet und implementiert werden. Durch die Entwicklung der lokalen Aktionspläne wird die Qualitätssicherung der Institutionen und des Programms gesichert. Eine Qualitätssicherung kann gewährleistet werden, wenn auf Grundlage des E & C Programms eine differenzierte Problembeschreibung und Bedarfsanalyse in den Gebieten der Sozialen Stadt/ E & C durchgeführt wird. Auf Grundlage dieser Daten müssen strategische Entwicklungsziele erarbeitet werden. Diese strategischen Ziele können nur umgesetzt werden, indem die betreffenden Ämter/Ressorts ermittelt und zur Zusammenarbeit motiviert werden. Fördermöglichkeiten der Städte und Gemeinden des Landes und des Bundes müssen eruiert und feststehende Förderstrukturen neu ausgerichtet werden, damit sie vor Ort Wirkung erhalten, ohne sich in Förderketten zu verlieren.

Eine Reform der Jugendhilfe kann nur vorangetrieben werden, indem neben dem Vorhandenen, das Neue gestellt und in die Diskussion mit den anderen Trägern und Ämtern eingebracht wird. In Zeiten von leeren Haushaltskassen und geringen Handlungsspielräumen der Kommunen und Gemeinden fällt dies schwer, hier stellt der Ansatz der Lokalen Aktionspläne einen innovativen Handlungsansatz zur Lösung von sozialen Problemlagen da. Aus diesem Grund kann es nicht darum gehen, zusätzlich neue Programme aufzulegen um Problemlagen zu lösen, sondern darum, Ideen zu entwickeln und Programme aufeinander abzustimmen, die in lokalen Aktionsplänen münden. Eine größtmögliche Bündelung von Ressourcen durch lokale Verbände zu erreichen, wird das Modell der Zukunft sein.

E&C – Ein Programm mit Perspektive

Das E & C Programm stellt keine zusätzlichen Mittel zur Verfügung, sondern bietet ein Kommunikationsdach.

Das E & C Programm ist aus verschiedenen Aktivitäten, Programmteilen und Arbeitsschritten zusammengesetzt. Das E & C Dach bündelt verschiedene Zuständigkeiten und Trägerstrukturen, Institutionen und Praxisfelder. Damit das Programm keine Sammlung von einzelnen Aktivitäten, die nach innen und außen nicht transparent sind ist, wurde die Regiestelle E & C eingerichtet.

Die zuvor genannte Fülle an Herausforderungen, Aufgaben und Ideen hören sich schwer zu bewältigen an. Die Aufgabe, diesen Prozess bundesweit zu koordinieren, Netzwerkbildung anzuregen, Fachaustausch zu organisieren, Kooperationen herzustellen und bei Bedarf fachliche Hilfestellung zu gewährleisten hat die Regiestelle E & C der Stiftung SPI. Die Regiestelle ist mit einer stellvertretenden Projektleitung,

drei Projektmanagern und zwei Verwaltungskräften ausgestattet. Die Durchführung des E & C Konzeptes mit einer schmal dimensionierten Regiestelle erscheint auf den ersten Blick nicht einfach.

Das Konzept ist davon ausgegangen, dass es unrealistisch ist E & C Spezialist auf allen fachlichen Gebieten zu sein. Die Lösung von allen Problemen in den über 200 E & C Gebieten durch die Regiestelle wird nicht möglich sein. Das Programm setzt auf den Wissenstransfer der Personen die sich an dem E & C Programm beteiligen. Die Regiestelle versteht sich als Kontaktstelle und Informationsdrehscheibe, Task force zur Unterstützung örtlicher Implementierungsprozessen, als Mediator um Aushandlungsprozesse zu begleiten und zu unterstützen, sowie als Kooperationsagentur die die verschiedenen Partner zusammenbringt, um Lern- und Kooperationsprozesse zwischen den Akteuren in den E & C Gebieten anzubieten.

Ein wesentlicher Schwerpunkt der Regiestelle ist aus diesem Grund der Aufbau und das Nutzen von Kommunikationsstrukturen durch Medien. Durch die Einrichtung solcher Strukturen wird es möglich, sein mit und durch die Akteure deren Erfahrungen, gute Arbeitsansätze und Projekte herauszufinden und bundesweit weiterzuleiten. Das Hauptkommunikations- und Informationsmittel ist die Einrichtung der Internetseite www.eundc.de.

Auf der Homepage werden alle Akteure und Kooperanten der E & C Gebiete mit Adresse, Telefonnummer, eMail aufgeführt sein. Dadurch besteht die Möglichkeit, jeder Zeit Kontakte untereinander zu knüpfen, Erfahrungen auszutauschen und Kooperationen herzustellen. Aktuelle Informationen und Fachdiskurse können abgerufen und Diskussionslisten geführt werden. Über einen Newsletter werden auf Wunsch aktuelle Informationen kontinuierlich zugesandt. Die eingesetzte neue Internet-technologie bietet den Akteuren die Möglichkeit ihrer Probleme selbst zu bearbeiten und zu lösen. Das Wissen und die Erfahrung der Akteure wird von der Regiestelle aufgearbeitet, damit dieses allen zur Verfügung gestellt werden kann.

Ein anderen Schwerpunkt sind Fachtagungen, die eine Möglichkeit bieten, sich weiter zu qualifizieren und in den fachlichen Dialog zu treten. Die Tagungen haben unterschiedliche Konzeptionen und Ziele, finden jeweils zwei mal im Jahr statt und sind in drei Gruppen unterteilt. Die erste Gruppe sind die Zielgruppenkonferenzen die bundesweit ausgerichtet werden. Die einzelnen Zielgruppen unterteilen sich in Quartiersmanager, Städte- und Gemeindevertreter einzelner Ämter, sowie bundeszentrale Träger, die über den Kinder- und Jugend-

plan gefördert werden.

Das zweite Konferenzangebote sind Regionalkonferenzen auf der die Zielgruppen und Länderministerien auf regionaler Ebene zusammentreffen, um in den Fachaustausch zu treten und Feinabstimmungen für die Arbeit in den Städten und Gemeinden treffen zu können.

Die dritte Form der Konferenzen sind bundesweit stattfindenden Fachforen, die ein Angebot für alle interessierten Zielgruppen, Akteure und Fachleute sind.

Die Ergebnisse und Planungen der einzelnen Veranstaltung werden durch die Regiestelle aufgearbeitet, veröffentlicht und zeitnah in das Gesamtprogramm eingebracht. Dies macht deutlich, dass das Programm durch die Personen gestaltet wird, die sich aktiv in den Prozess einbringen.